

Roland Stauder: „Zeitspiel ist nicht zielführend“

DBB NRW vermisst eindeutigen politischen Willen für Veränderungen

Anlässlich der Anhörung zum Haushaltsgesetz 2021 kritisiert der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Roland Stauder, die Landesregierung für ein „Spielen auf Zeit“ mit Blick auf eine dringend notwendige Attraktivitätsoffensive.

Zeitspielen sei hier nicht zielführend, so **Stauder** am 27. Oktober 2020 im Unterausschuss Personal im Düsseldorfer Landtag. „Im Fußball werden durch Zeitspielen Punkte verschenkt und Gegentore kassiert.“

Der Landeshaushalt für 2021 steht aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie vor besonderen Herausforderungen. Im Unterausschuss Perso-

nal wurden insbesondere die Auswirkungen und Entwicklungen rund um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beleuchtet.

Der DBB NRW und seine Fachgewerkschaften haben als Sachverständige an der Anhörung teilgenommen und die Belange der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vertreten. Im Fokus standen dabei

Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung.

Reduzierung der Wochenarbeitszeit

Eine Arbeitszeit, die nicht nur höher ist als die von durchschnittlichen Beschäftigten, sondern auch höher als die der meisten Beamtinnen und Beamten in Deutschland, ist alles andere als attraktiv. Insbeson-

dere in Kombination mit der Tatsache, dass die Alimentation gerade erst vom Bundesverfassungsgericht bemängelt wurde.

Daher forderte Roland Stauder insbesondere eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit, bzw. eine Rücknahme der Erhöhung. NRW sei weiterhin eines der wenigen Länder, die an einer 41-Stunden-Woche festhalten.

Damit diese Reduzierung in Zusammenhang mit der hohen Zahl der Leerstellen nicht zu einer Arbeitsverdichtung führt,



Die Sachverständigen zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Jörg Blöming (CDU) bei der Anhörung zum Landeshaushalt 2021 im Unterausschuss Personal

2 Kompromiss spiegelt Lage wider

Andreas Hemsing zur Tarifeinigung von Bund und Kommunen



3 Fünf Tage zusätzlich Sonderurlaub

Anusch Melkonyan begrüßt Änderungen



5 Mathia Arent-Krüger im Amt bestätigt

DBB NRW Landes-seniorenvertretung hat gewählt





Die Sachverständigen des DBB NRW bei der Anhörung zum Landeshaushalt 2021 im Unterausschuss Personal. Roland Staude, Andreas Bartsch, Himmet Ertürk, Erich Rettinghaus (von links)

regte er eine Kombination mit Langzeitarbeitskonten an.

Kostendämpfungs- pauschale

Die Kostendämpfungspauschale erhöht die Gesundheits-

kosten für die einzelnen Beamtinnen und Beamten. „Das rundet das nicht gerade attraktive Angebot des öffentlichen Dienstes ab“, so Staude. Da verwundere es nicht, dass sich die Zahl der Leerstellen mit weit über 10 000 nach wie vor

auf sehr hohem Niveau befindet. Entsprechend sei eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst dringend notwendig.

Als weiteren wichtigen Baustein für eine „Attraktivitätsof-

fensive, die ihren Namen verdient“, forderte **Roland Staude** auch die Anhebung der Eingangssämter: „Das ist mit Blick auf die veränderten Zugangsvoraussetzungen im Zuge der Dienstrechtsreform ein lange überfälliger Schritt.“ ■

Einkommensrunde

Wir haben das in der aktuellen Corona-Situation Mögliche erzielt

Vorsitzender der DBB NRW Tariffkommission zur Tarifeinigung mit Bund und Kommunen

Am 25. Oktober 2020 konnte nach drei Verhandlungsrunden und vielen Warnstreiks eine Tarifeinigung mit den Arbeitgebern von Bund und Kommunen erzielt werden.

Der Vorsitzende der Tariffkommission des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen und stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestariffkommission, **Andreas Hemsing**, hält das Tarifergebnis in Summe für einen Kompromiss, der die momentane Lage widerspiegelt.

Vor allem konnten für die unteren Entgeltgruppen und den Gesundheitsbereich spürbare Verbesserungen erreicht werden. Die spürbare Aufwertung für die wertvolle Arbeit der



Andreas Hemsing in der Sitzung der dbb Bundestariffkommission

Beschäftigten sei ein richtiges Signal inmitten dieser Coronapandemie, so Hemsing. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die Anerkennung schon „vor Corona“ längst überfällig war. „Wir wissen, dass es damit im Gesund-

heitswesen nicht getan ist, aber es ist ein Anfang, auf den sich weiter aufbauen lässt“, sagte der Vorsitzende der DBB NRW Tariffkommission, der zugleich auch Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft ist.

Die wesentlichen Bestandteile der Tarifeinigung

- Lineare Erhöhung ab 1. April 2021 um 1,4 Prozent (mindestens 50 Euro, Azubis 25 Euro) und ab 1. April 2022 um 1,8 Prozent (Azubis 25 Euro), Laufzeit 28 Monate
- Erhöhung der Jahressonderzahlung um 5 Prozent (für E 1–8)
- Eine einmalige Corona-Sonderzahlung (E 1–8, 600 Euro; E 9–12, 400 Euro; E 13–15, 300 Euro; Azubis VKA, 225 Euro; Azubis Bund, 200 Euro)
- Eine monatliche Pflegezulage für alle Beschäftigten der P-Tabelle (1. März 2021, 70 Euro; 1. März 2022 noch mal 50 Euro; insgesamt 120 Euro)
- Absenkung der Arbeitszeit Ost auf das Westniveau in zwei Schritten von 40 Stunden auf 39,5 (Januar 2022) und 39 Stunden (Januar 2023)



dbb Tarifchef Volker Geyer, Bundesinnenminister Horst Seehofer, dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach und BMI Staatssekretär Dr. Helmut Teichmann (von links)

Verhindert werden konnten maßgebliche Eingriffe in den Arbeitsvorgang. Die Arbeitgeberseite wäre nur schwer davon abzubringen gewesen, Änderungen im Arbeitsvorgang zu streichen. Diese

hätten überwiegend zu Verschlechterungen in der Eingruppierung geführt. „So etwas war mit uns auf keinen Fall zu machen“, so Hemsing, „das haben wir erfolgreich abgewendet.“

Vorherrschende Themen wie Fachkräftemangel und der demografische Wandel wurden außer Acht gelassen. „In Sachen Attraktivität des öffentlichen Dienstes muss mehr passieren. Da werden wir 2022

ansetzen“, sagte Hemsing. Unter diesen Umständen sei er froh, dass es gelungen ist, die Laufzeit des Tarifvertrages von 36 Monaten im Arbeitgeberangebot auf 28 Monate zu verkürzen. ■

Berufspolitik

Fünf Tage zusätzlich Sonderurlaub bei Erkrankung des Kindes

DBB NRW Landesfrauenvertretung begrüßt Änderungen der Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW

Zum 21. Oktober 2020 ist die dritte Verordnung zur Änderung der Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW in Kraft getreten. Anusch Melkonyan, die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen begrüßt ausdrücklich, dass zwei wichtige Änderungen vorgenommen wurden.

Zum einen erhalten Beamtinnen und Beamte im Jahr 2020 nun fünf Tage zusätzlichen Sonderurlaub bei Erkrankung des Kindes; Alleinerziehende zusätzlich zehn Sonderurlaubstage. „In der Corona-Pandemie sind viele Beschäftigte weit über ihre Belastungsgrenze

beansprucht worden. Gerade für Eltern und auch Alleinerziehende bedeutet diese Zeit eine besondere Belastung, wenn dann auch noch das Kind erkrankt und kein Sonderurlaub mehr zur Verfügung stand“, erklärt **Anusch Melkonyan**.

„Viele Beschäftigte haben Urlaub und auch eventuelle Überstunden dafür in Anspruch genommen. Gerade der Urlaub soll aber zur Erholung dienen“, so Melkonyan weiter. Diese Änderung ist richtig und sinnvoll. Aufgrund der steigenden Zahlen sollte aber nun auch das Jahr 2021 in den Blick genommen werden, da aktuell keine Besserung der Situation in Sicht ist.

Die zweite wichtige Änderung bezieht sich auf den Sonderurlaub bei unverheirateten Paaren. Ergänzend zur Niederkunft der Ehefrau und der eingetragenen Lebenspartnerin soll nunmehr auch für die Nieder-



Anusch Melkonyan

kunft der Lebensgefährtin ein Tag Sonderurlaub gewährt werden. „Unsere Gesellschaft hat zunehmend Paare, die nicht mit Trauschein zusammenleben. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass auch diese Lebenssituation bei der Gründung einer Familie mit einem entsprechenden Tag Sonderurlaub berücksichtigt wird“, so die Vorsitzende des DBB NRW Frauenvertretung. **JDS**

Roland Staude im Gespräch mit dem Sprecher des Unterausschusses Personal

Kurz vor der Einbringung des Haushaltsentwurfs in den Landtag hatte sich **Roland Staude**, Vorsitzender des DBB NRW, mit dem CDU-Landtagsabgeordneten **Jörg Blöming** getroffen. Im Gespräch mit dem Sprecher des Unterausschusses Personal ging es um Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Dienst.

Dabei wurden unter anderem Entwicklungsmöglichkeiten und -perspektiven der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Dienst), insbesondere im Hinblick auf einen möglichen Verwendungsaufstieg besprochen. Es wurde vereinbart, die Themen in weiteren Gesprächen zu verfolgen und zu vertiefen.

JMJ



Roland Staude und Jörg Blöming im Düsseldorfer Landtag (von links)

PKV-Öffnungsaktion gestartet

Gespräch des DBB NRW mit dem PKV-Verband

Noch vor dem Lockdown hatte der Vorstand des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen Gelegenheit, sich mit Vertretern des PKV-Verbandes auszutauschen.



Roland Staude, Jutta Endrusch, Dr. Ralf Kantak, Vorstandsvorsitzender des PKV-Verbandes, Dr. Florian Reuther, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des PKV-Verbandes, Achim Hirtz. (von links)

Themen waren unter anderem die gerade gestartete Öffnungsaktion für Beamtinnen und Beamte, die vorher nicht die Möglichkeit hatten, sich in der privaten Krankenversicherung (PKV) zu versichern, sowie Möglichkeiten zur Vereinfachung von Abrechnungsverfahren.

Zuletzt wurden die durch die privaten Krankenversicherungen im Gesundheitssystem generierten Mehreinnahmen thematisiert. Eine Untersuchung des Verbandes macht deutlich, dass gerade der ländliche Raum von diesen Mehreinnahmen profitiert.

JMJ

Ansprüche auf amtsangemessene Alimentation sichern

DBB NRW stellt Musteranträge und -widersprüche online zur Verfügung

Nach aktuellen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur amtsangemessenen Alimentation rät der DBB NRW zur Sicherung möglicher über die bisher gewährte Besoldung und Versorgung hinausgehender Ansprüche den Landesbeamtinnen und Landesbeamten, diese Ansprüche noch in diesem Jahr schriftlich

geltend zu machen. Entsprechende Anträge sind auf der Website des DBB NRW verfügbar (dbb-nrw.de/beamte).

Dies gilt auch für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Land Nordrhein-Westfalen. Das BVerfG hat in beiden Entscheidungen betont, dass grundsätzlich nur diejenigen

Beamtinnen und Beamten eine Nachzahlung erhalten, die ihre Ansprüche jeweils im laufenden Haushaltsjahr geltend gemacht haben.

Daher hatte sich der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen bereits im August 2020 an das Ministerium für Finanzen in Nordrhein-Westfalen gewandt mit der Anregung, auf das Erfordernis dieser zeitnahen Geltendmachung – also im jeweiligen Haushaltsjahr –

zu verzichten und zuzusagen, allen Betroffenen entsprechende mögliche Ansprüche von Amts wegen auszuführen.

Eine inhaltliche Reaktion des Finanzministeriums ist jedoch ausgeblieben, sodass der DBB NRW dazu rät, die Ansprüche nun schriftlich geltend zu machen.

Die Musteranträge und -widersprüche sind online verfügbar: www.dbb-nrw.de/beamte.

© biuedesign-Fotolia.com

Mathia Arent-Krüger im Amt bestätigt

DBB NRW Landesseniorenvertretung wählt neuen Vorstand

Mathia Arent-Krüger wurde von den Mitgliedern der Landesseniorenvertretung einstimmig im Amt bestätigt. Für die nächsten fünf Jahre bilden Mathia Arent-Krüger (VBE NRW) als Vorsitzende sowie Hermann Lang (BDZ NRW) und Guido Arens (vdlanrw) jeweils als Stellvertreter den Vorstand der Landesseniorenvertretung.



Stefan Behlau, Guido Arens, Mathia Arent-Krüger und Hermann Lang (von links)

Ursprünglich war die Neuwahl des Vorstandes der Landesseniorenvertretung bereits für das Frühjahr terminiert. Dann wäre die erste Amtszeit von fünf Jahren beendet gewesen. Doch dann kam der erste coronabedingte Lockdown dazwischen. Nun haben sich im Herbst die Mitglieder der Landesseniorenvertretung des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen mit Abstand, Maske und entsprechendem Hygienekonzept getroffen, um einen neuen Vorstand zu wählen.

Für den Vorstand des DBB NRW nahm **Stefan Behlau** (VBE NRW) an der Sitzung teil und bedankte sich im Namen des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes bei **Theo Disselhoff** für seine langjährige Mitarbeit in der Landesseniorenvertretung. Disselhoff hatte bisher einen der Posten als Stellvertreter inne.

Seinen Dank richtete Behlau auch an die scheidenden Mitglieder der Seniorenvertretung für ihre wichtige Arbeit im Gremium sowie an die neuen Mit-

glieder der entsendenden Fachgewerkschaften, welche sich bereit erklärt haben, sich in den kommenden fünf Jahren für die Belange der Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand einzusetzen. Neben einem kurzen Bericht über die Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen, informierte Stefan Behlau über die Personalratswahlen in NRW, die coronabedingt zu unterschiedlichen Terminen stattfinden.

In der sich nach der Wahl anschließenden konstituierenden

Sitzung der Seniorenvertretung informierte die Vorsitzende über die mit der Coronapandemie verbundenen Einschränkungen, die insbesondere lebensältere Menschen getroffen haben.

Neben den Kontaktverboten in Krankenhäusern und Alten- und Pflegeheimen, die Besuche von Angehörigen fast ausgeschlossen haben, wurde auch die gemeinsame Arbeit innerhalb der Seniorenvertretung des DBB NRW durch die Pandemie beeinflusst.

Trotz der langen sitzungsfreien Zeit hielten die Mitglieder den Kontakt via E-Mail zueinander. Hierbei habe sich gezeigt, dass der Einsatz und die Nutzung von digitalen Medien eine wichtige, oft einzige Möglichkeit für die Pflege und Aufrechterhaltung von Kontakten und für die gesellschaftliche Teilhabe ist. Insbesondere seien hier auch die einzelnen Fachgewerkschaften des Beamtenbundes gefragt, die Angebote für lebensältere Kolleginnen und Kollegen anbieten, um einen Zugang zur digitalen Welt und insbesondere zu den neuen Technologien zu ermöglichen. Die nächste Sitzung der Landesseniorenvertretung ist für das erste Quartal des nächsten Jahres angedacht. **JDS**

Aktion DBB NRW

In der Uniform steckt ein Mensch

DBB NRW Kampagne gegen Hass, Hetze & Gewalt

Susanne Aumann ist Mitarbeiterin beim Ordnungsamt der Stadt Aachen. Im Interview erzählt sie, was für sie Respekt und Wertschätzung bedeuten und wo ihr im Alltag Hass, Hetze und Gewalt entgegenschlagen.

DBB NRW: Was bedeutet für Sie persönlich Respekt und Wertschätzung?

Susanne Aumann: Wertschätzung ist aus meiner Sicht untrennbar verbunden mit Res-

pekt. Gerade bei der Arbeit im Ordnungsamt. Als Teil der Eingriffsverwaltung heißt das, auch in schwierigen Situationen, bei negativen oder belastenden Entscheidungen eine freundliche, sachliche Kommunikation auf Augenhöhe zu führen.

Betroffene und Mitarbeiter sind naturgemäß nicht einer

Meinung, aber trotz dieses Interessenkonflikts respektvoll miteinander umzugehen, ist das Ziel. Und das ist keine Einbahnstraße! Eine Stufe weiter geht dabei die Wertschätzung, also Anerkennung für diesen herausfordernden und anspruchsvollen Job. Das hängt auch mit der Wahrnehmung des Berufs in der Bevölkerung zusammen, was zum Beispiel

auch stark über Berichterstattung in den Medien beeinflusst wird.

DBB NRW: Sie arbeiten im öffentlichen Dienst, genauer gesagt im Ordnungsamt der Stadt Aachen. Warum haben Sie sich für diesen Bereich entschieden?

Susanne Aumann: Bei der Tätigkeit in der Kommunalverwaltung gibt es viele mögliche Wege. Ich habe mich 2016 für das Ordnungsamt entschieden, weil ich einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn habe und mich gegen Missstände auch im dienstlichen Kontext einsetzen wollte. Durch die tägliche Arbeit einen Beitrag für mehr Sicherheit und Ordnung in der eigenen Stadt zu leisten, ist mir wichtig. Dabei kümmert sich das Ordnungsamt nicht – wie öffentlich oftmals irrtümlich angenommen wird – „nur“ um Parksünder. Die Vielfalt des Jobs fasziniert mich. Wir sorgen zum Beispiel für Sicherheit bei Veranstaltungen, die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen auf öffentlichen Straßen und Anlagen oder in Gaststätten, kümmern uns um Jugendschutz und nicht zuletzt auch federführend um die Eindämmung der Corona-Pandemie.

DBB NRW: Wie hat sich die Arbeit in den vergangenen Jahren verändert?

Susanne Aumann: Das Arbeitsaufkommen der Ordnungsbehörden nimmt seit vielen Jahren kontinuierlich zu, während die Aufstockung der personellen Kapazitäten nicht analog erfolgt ist. Durch neue Gesetze und Verordnungen kommen fortlaufend neue Aufgaben hinzu, welche die vorhandenen Beschäftigten bewältigen müssen. Durch diesen Arbeitsdruck und auch durch mediale Berichterstattungen stehen Ordnungsämter heute stärker im Fokus der Öffentlichkeit. Zudem gibt es steigende Anforderungen an Erreichbarkeit,

Flexibilität und insgesamt einen Wertewandel in der Gesellschaft. Auf der einen Seite ist ein Streben nach mehr Sicherheit zu verzeichnen, gleichzeitig nehmen wir Verrohungstendenzen, eine sinken-



Susanne Aumann am Streifenwagen mit Polizeikollegen

de Hemmschwelle und zunehmende Respektlosigkeiten wahr. Dieses Spannungsfeld erschwert die tägliche Arbeit „im Amt“ oder „auf der Straße“.

DBB NRW: Erleben Sie in Ihrem Alltag Hass, Hetze oder Gewalt?

Susanne Aumann: Leider ist Hass, Hetze und Gewalt bei der Arbeit im Ordnungsamt omnipräsent. Insbesondere in den letzten Monaten im Rahmen der Corona-Krise wurde die Aufgabenbewältigung durch solche Vorfälle begleitet. Während Teile der Bevölkerung gerade zu Beginn der Pandemie Verständnis oder sogar Dankbarkeit zeigten, nahmen Beleidigungen, Bedrohungen, Widerstände oder gar gewalttätige Übergriffe in Einsatzmaßnahmen im weiteren Verlauf zu. Dazu kommt die neue Rolle sozialer Medien: Wenn wir negative Entscheidungen treffen, zum Beispiel Betriebe aufgrund gravierender Verstöße oder Unbelehrbarkeit zur Gefahrenabwehr schließen müssen, dann wird im Internet oftmals gegen das Ordnungsamt gehetzt, ohne dass den Betroffenen die Fakten be-

kannt sind. Shitstorms und Hatespeech im WWW gehören mittlerweile leider auch zu unserer Arbeit dazu.

DBB NRW: Und gab es eine besonders ernste Situation, die

Sie selbst oder ein Kollege beziehungsweise eine Kollegin erlebt hat?

Susanne Aumann: Besonders heftige Situationen waren Übergriffe gegen kommunale Vollzugsdienstkräfte. Im April 2020 hat ein 17-jähriger Jugendlicher einem Mitarbeiter des kommunalen Ordnungsdienstes mit der Faust ins Gesicht geschlagen

Und erst vor Kurzem wurde ein Mitarbeiter des Außendienstes in einem Einsatz verletzt, als der Betroffene ihn mutwillig angefahren hat. In diesen Momenten wird uns einmal mehr bewusst, wie gefährlich dieser Job ist.

DBB NRW: Was kann der Dienstherr tun, um seine Beschäftigten vor Hass, Hetze und Gewalt zu schützen?

Susanne Aumann: Mitarbeiterschutz ist Chefsache. Dienstherrn müssen für Schutz und Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Arbeitsplatz sorgen. Hilfreich ist ein ganzheitliches Konzept, welches die Aspekte Präven-

tion, Deeskalation, aber auch Bewältigung und Nachsorge vereint. Als unabdingbare Grundlage sollte dabei eine „Null-Toleranz-Erklärung“ erfolgen, die auch öffentlich kommuniziert wird. Damit einhergehend sollte jeglicher Übergriff konsequent verfolgt werden, wobei in der Ahndung von Verstößen die Justiz eine wichtige Rolle spielt. Das Sicherheitskonzept Gewaltprävention der Stadt Aachen ist aus meiner Sicht ein gutes Beispiel für ein solches Papier:

Da sich in der dynamischen Situation Hass, Hetze und (verbale) Gewalt zunehmend auch im Internet abspielen, sind darüber hinaus entsprechende Social-Media-Strategien zur Krisenkommunikation unabdingbar, um als Behörde professionell und souverän auf Hatespeech und Shitstorms – welche sich oft auch gegen einzelne Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter richten – reagieren zu können.

DBB NRW: Was kann jeder Einzelne tun, um die Werte Respekt und Wertschätzung in der Gesellschaft zu stärken? Was ist Ihr Appell?

Susanne Aumann: Die lautesten Stimmen haben nicht immer automatisch recht. Jeder kann klare Kante und Zivilcourage zeigen. Mir ist es wichtig, für Werte wie Gleichberechtigung, Toleranz, Vielfalt und Sicherheit einzustehen und das ist auch gleichzeitig mein Appell: Jeder verdient Respekt. Jeder sollte sich vor Augen führen, dass in der Uniform – sei es Ordnungsamt, Polizei, Feuerwehr oder Rettungsdienst – Menschen stecken, die ihren Job machen. Erreichen können wir das aus meiner Sicht nur im Zusammenspiel mit Politik, Dienstherrn, Justiz und Medien mit dem Ziel, Respekt und Wertschätzung zu einer Selbstverständlichkeit in der Gesellschaft zu machen.

DBB NRW: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Erfolg der Lehrgewerkschaften im DBB NRW bei den Personalratswahlen

Mehrheiten gesichert und ausgebaut

In der Landesverwaltung machte das Ministerium für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen mit den Wahlen für die Personalräte der Lehrkräfte am 1. Oktober 2020 den Anfang. Die Fachgewerkschaften für Lehrkräfte im Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen waren gut aufgestellt. Das zeigt das überzeugende Ergebnis der Personalratswahlen.

Absolute Mehrheit fürs Gymnasium – mit neun von 15 Plätzen hat der Philologen-Verband NW (PhV) auch künftig die absolute Mehrheit im Hauptpersonalrat (HPR) für Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und Weiterbildungskollegs inne. **Ingo Köhne** ist der alte und neue Vorsitzende des HPR Gymnasien.

In allen Hauptpersonalräten für Lehrkräfte, in denen der Verband Bildung und Erziehung (VBE) bisher vertreten war, konnte ein Sitz dazugewonnen werden.

In den Hauptpersonalräten Realschule und Förderschule stellt der VBE jeweils den Zweiten stellvertretenden Vorsit-



© AdobeStock

zenden mit **Armin Busse** (Realschule) und **Florian Sandmann** (Förderschule). Im HPR Hauptschule stellt der VBE den Ersten stellvertretenden Vorsitzenden mit **Stefan Behlau**. Im HPR Grundschule bleibt **Wibke Poth** Vorsitzende.

Beim HPR Realschule konnte lehrer nrw mit **Sven Christoffer** wieder den Vorsitzenden stellen.

Die gemeinsame Liste der DBB NRW Fachgewerkschaften Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (vLw) und Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs konnte ebenfalls erneut die Mehrheit im HPR Berufskolleg erringen. Sie stellen mit **Detlef Kühn** auch erneut den Vorsitzenden.

Intern

DBB Kreisverband Wesel trifft Politik

Im Gespräch mit den Landratskandidaten Dr. Peter Paic (SPD) und Ingo Brohl (CDU)

Der Kreisvorstand Wesel des DBB NRW, bestehend aus **Michael Nabbefeld** (Vorsitzender), **Cornelia Doerneckmann** und **Marco Bönneken**, führt regelmäßige Gespräche unter dem Titel „DBB trifft Politik“.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen wurden der SPD-Landratskandidat **Dr. Peter Paic** sowie der Moerser Bürgermeisterkandidat **Ibrahim Yetim** zu einem gemeinsamen Austausch eingeladen. Im Bereich Polizei

waren sich die Politiker einig, dass die Behördenstruktur so wie sie ist im Kreis Wesel beibehalten werden soll und sprachen sich damit gegen eine Zentralisierung von Präsidien in den großen Städten aus. >



© DBB KV Wesel (2)

Bild oben:
Ingo Brohl, Michael Nabbefeld, Marco Bönneken und Cornelia Doerneckmann (von links)

Bild links:
Ibrahim Yetim, Cornelia Doerneckmann, Michael Nabbefeld, Marco Bönneken und Peter Paic (von links)

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein

Redaktion: Julia Dalhoff-Schereik (JDS), Johanna Muschalik-Jaskolka (JM)

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannan, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Christiane Polk, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 42, gültig ab 1.10.2019. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Auch das Thema Mobilität kam zur Sprache. Der SPD-Landratskandidat antwortete auf die Frage nach seinen Plänen, den ÖPNV im Kreis Wesel stärken zu wollen.

Ein weiteres Gespräch wurde mit dem CDU-Landratskandidaten **Ingo Brohl** aus Moers geführt. In einer lockeren Gesprächsatmosphäre stand er für aktuelle Fragen und The-

men aus dem Kreis Wesel zur Verfügung.

Im Fokus standen dabei die Themen Fortentwicklung des ÖPNV, Kiesabbau, Wirtschafts-

förderung, Ausbau der Attraktivität des Kreises für den Tourismus, Beibehaltung der Kreispolizeibehörde und die Trägerverantwortung beim Jobcenter Kreis Wesel. ■

DBB Kreisverband Kleve: Erster Vorsitzender Willy Fischer geehrt

Ehrung für langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Deutschen Beamtenbund NRW

Bei der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des DBB Kreisverbandes Kleve wurde der Erste Vorsitzende **Willy Fischer** mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet. Er erhielt diese hohe Wertschätzung für seine langjährige, andauernde, ehrenamtliche Tätigkeit im Deutschen Beamtenbund.

Überreicht wurden die Urkunde und Ehrennadel vom Landesvorstandsmitglied **Astrid Walter-Strietzel**, welche auch herzliche Glückwünsche vom DBB NRW Vorsitzenden **Roland Staude** überbrachte.

Willy Fischer war in der Folge beim DBB Kreis Kleve im Vorstand zuerst als Beisitzer, danach Zweiter Vorsitzender und steht nun seit zehn Jahren als

Erster Vorsitzender dem Kreisverband vor.

In seiner Fachgewerkschaft, der Deutschen Justiz Gewerkschaft (DJG) in Kleve, ist er mit der Aufgabe des Ersten Vorsitzenden betraut. Hier arbeitet er seit rund 25 Jahren mit im Vorstand. Auch über den Kreis Kleve hinaus ist er als Regionalgruppenvorsitzender sehr erfolgreich tätig.



Im anschließenden Austausch mit der Kollegin Astrid Walter-Strietzel konnten die teilnehmenden Vorstandsmitglieder für ihre Fachgewerkschaften im Ortsverband wertvolle Informationen erhalten. ■